

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 1

Artikel: Gewinnt Rot-Grün?
Autor: Häggerle, Andrea
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewinnt Rot–Grün?

Eine Vorbemerkung zur Einordnung meiner Überlegungen: der Text befasst sich mit den Wahlen 07 unter besonderer Be rücksichtigung von Rot–Grün. Wie stehen die beiden ungleichen Partner und Konkurrenten zueinander? Dies geschieht un

Andrea Hä默尔

zweideutig aus SP-Sicht. Und innerhalb der SP stelle ich das Umweltthema in den Vordergrund, weil vor allem hier die Schnittstelle zu den Grünen liegt.

Die SP muss stärkste Partei werden

Das Wahlziel der SP für den Herbst 2007 ist klar: Wir wollen die stärkste Partei werden und im Bundeshaus die stärkste Fraktion stellen. Dies ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass die starre Rechtsaussens-Mehrheit im Bundesrat geknackt werden kann. Dem Viererblock der vier älteren Männer von SVP und FDP fehlt übrigens schon heute die wirklich demokratische Legitimation: SVP und FDP haben zusammen weder im Volk (Wahlen 2003: SVP 27% und FDP 17% = 43%) noch in der Bundesversammlung (SVP 63 + FDP 53 = 116 von 246 Sitzen) die Mehrheit. Für die Diskrepanz zwischen Parlaments- und Bundesratsmehrheit gibt es viele aus rot–grüner Sicht wichtige Beispiele. Ich nenne nur zwei. Erstens: Die von der Bundesratsmehrheit im Hauruck-Verfahren

durchgedrückte Swisscom-Privatisierung hatte in den eidgenössischen Räten keine Chance und wäre im Volk mit Sicherheit durchgefallen. Zweitens: die Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes. Hier wollte die Bundesratsmehrheit mit allen Tricks die Unterstützung neuer National- und Naturparks verhindern. Erfolglos: UVEK und Parlament setzten sich gegen die Bundesratsmehrheit durch.

Um das Ziel zu erreichen, die rechte Bundesratsmehrheit nicht nur arithmetisch, sondern auch politisch zu knacken, muss Rot–Grün insgesamt zulegen. Das heisst: die SP darf nicht auf Kosten der Grünen wachsen, was in den vergangenen Jahren auch kaum vorgekommen ist. Und die Grünen dürfen nicht auf Kosten der SP zulegen – eine Gefahr, die wohl näher liegt. Noch deutlicher: die SP muss wachsen, um stärkste Partei zu werden und so den Lead in der Bundespolitik zu übernehmen. Nota bene: die grösste Fraktion hat nicht nur den feudalsten Saal im renovierten Bundeshaus, sondern auch den grössten politischen Einfluss. Und die Grünen müssen wachsen, damit sie den Status der Kleinpartei überwinden, die 10%-Marke übersteigen. So nähern sie sich den schrumpfenden Mitteparteien an und werden bundespolitisch wirklich relevant.

Kein Wahlziel der SP hingegen darf es sein, den Grünen einen Bundesratssitz zu organisieren oder auch nur in Aussicht zu stellen. Dies würde einerseits höch-

tens ungebundene WählerInnen dazu motivieren, statt allenfalls SP im Herbst Grün zu wählen. Anderseits müssen die Grünen den Einzug in den Bundesrat schon selber wollen – und da gibt es innerhalb der Grünen offensichtlich weit auseinanderliegende Meinungen.

Klima und Umwelt: das grosse Zukunftsthema

Die Zerstörung der Umwelt und der globale Klimawandel stehen zwar nicht zuoberst auf dem Sorgenbarometer, auf das manche (rote) Wahlkampfstrategen ihre Kampagnen ausrichten. Und doch ist die Klimaveränderung langfristig *das* grosse Zukunftsthema. Ein starkes Indiz für diese Vermutung bieten die Überlegungen von Swiss Re, die Verlautbarungen von Schwarzenegger bis Bush. Oder auch die Diskussionen der WEF-Teilnehmer, die sich per Privatjet, Helikopter und Offroader nach Davos chauffieren liessen. Der UNO-Bericht zur Klimaerwärmung ist in Deutlichkeit nicht zu übertreffen. Ein untrügliches Zeichen für die Bedeutung des Themas ist auch, dass die CVP Umwelt und Klima als Politikfeld entdeckt hat. Das Bewusstsein der Klimaproblematik ist ohne Zweifel gerade in der gut ausgebildeten, sensiblen rotgrünen Wählerschaft besonders ausgeprägt. Ihr ist gewiss auch klar, dass sich dieses grosse Thema nicht an vierjährige Legislaturperioden hält, dass eine Umwelt- und Klimapolitik, die diesen Namen verdient, langfristig ausgelegt sein muss und ohne einschneidende Massnahmen nicht zu machen ist. Wir sollten unsere potentiellen WählerInnen nicht unterschätzen: Sie lassen sich weder gerne mit medial hochgefahrenem Kurzfutter wie Diskussionen um Minaretverbote abspeisen noch interessieren sie sich ausschliesslich für die Höhe der Krankenkassenprämien oder den Steuerwettbewerb.

Nun haben die Grünen sicher den Vorteil, dass sie den Umweltschutz schon im Namen führen. Das Etikett ist Programm. Ihnen genügt es, den Umweltschutz regelmässig zu deklamieren, sich vor den Kameras mit radikalen Forderungen zu profilieren. Um die weniger spektakuläre reale Umweltpolitik und die Beschaffung von Mehrheiten für (manchmal kleine) Fortschritte im Konkreten müssen sie sich weniger kümmern. Ich staune immer wieder, wie unbeteiligt, wenig inspiriert und wenig engagiert sich die VertreterInnen der Grünen etwa in der nationalrätslichen Verkehrskommission bewegen, wie wenig sie mitdiskutieren, wie selten sie Anträge und Vorschläge einbringen. Dort überlassen sie das Feld den SP-Leuten. Doch das schadet ihnen in der Öffentlichkeit nicht, da ohnehin klar ist, dass die Grünen eine aktive grüne Politik betreiben.

Da hat's die SP schon um einiges schwieriger. Sie muss sehr hart arbeiten, um nicht nur umweltpolitische Erfolge zu erreichen, sondern auch ein grünes Image zu erlangen. Wie vertrackt die Konstellation ist, zeigt das Beispiel eines der profiliertesten und erfolgreichsten SP-Energiepolitikers, der sein Buch mit «Grün gewinnt» betitelt. Die SP wird im Zweifel bei (bürgerlichen) WechselwählerInnen halt doch als rot und damit etwas gestrig wahrgenommen. Die SP würde jedoch einen krassen Fehlschluss ziehen, wenn sie Umweltschutz und Klimapolitik eher den Grünen – und letztlich gar noch der CVP! – überlassen würde, um sich auf eine gute rote Politik zu konzentrieren. So wichtig und unverzichtbar eine gerechte Wirtschafts-, Steuer-, Gesundheits- und Sozialpolitik ist, so unverzichtbar ist für die SP eine engagierte und glaubwürdige Klima- und Umweltpolitik. Dies ist denn im Prinzip auch unbestritten. Bei näherer Betrachtung der politischen SP-Agenda im Wahljahr kommen allerdings Zweifel, ob dies denn wirklich ganz ernst gemeint ist: im Vordergrund steht die Einheitskas-

**Die SP muss
sehr hart arbeiten,
um nicht nur
umweltpolitische
Erfolge zu er-
reichen, sondern
auch ein grünes
Image zu erlan-
gen.**

**Die wichtigsten
umweltpolitischen
Erfolge der letzten
Jahre tragen ein-
deutig die Hand-
schrift der SP.**

se, die Steuergerechtigkeitsinitiative, das – heftig umstrittene – IV-Referendum. Es stimmt zuversichtlich, dass die SP-Fraktion die Klimapolitik jetzt definitiv zu einem Topthema machen will (Forderung einer ausserordentlichen Session, radikales Forderungspaket etc.).

entscheidende Rolle, und zwar auf allen Ebenen: in den Sektionen und Kantonalparteien, im Parlament und im Bundesrat. Damit auch dies klargestellt ist: Ohne SP-Bundesrat im UVEK wäre diese Erfolgsgeschichte undenkbar gewesen, auch wenn der Prozess nicht spannungsfrei war und ist.

Zwei Hebel der Umweltpolitik: Verkehr und Landwirtschaft

Trotz aller (Selbst-)Kritik: Die wichtigsten umweltpolitischen Erfolge der letzten Jahre tragen eindeutig die Handschrift der SP. Dies gilt mindestens für zwei Politikbereiche, die umweltrelevant sind: Verkehr und Landwirtschaft. Die schweizerische Verkehrspolitik ist europaweit bekannt und populär. Sie bildet so ziemlich genau den Kontrapunkt zur Steuer- und Bankgeheimnispolitik, die in Europa und in der Welt verfemt ist. Warum ist das so? Als erstes Land Europas hat die Schweiz die Verlagerungspolitik nicht nur als Prinzip formuliert und in der Verfassung verankert (Alpenschutzartikel), sie setzt dieses Prinzip – langsam zwar, aber stetig – auch in die Tat um. Dieser Prozess dauert schon fünfzehn Jahre und ist noch längst nicht abgeschlossen. Die entscheidenden Schritte waren: die Annahme der Alpeninitiative; die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, deren Erträge schwergewichtig in den Bau von Grossprojekten des öffentlichen Verkehrs fliessen; der Bau der Neat, dessen erste Achse (Lötschberg) dieses Jahr programmgemäß in Betrieb genommen wird; die Bahn 2000, die für den öffentlichen Personenverkehr flächendeckend einen Quantensprung bedeutet; das Nein zum strassenlastigen Avanti-Gegenvorschlag und die darauf folgende Konstruktion des mehrheitsfähigen Infrastrukturfonds. Bei all diesen Abstimmungen und Projekten spielte die SP zusammen mit Umweltschutzorganisationen und Gewerkschaften eine

Über Jahrzehnte dominierte eine stabile bürgerlich-agrarische Allianz die Agrarpolitik. Staatlich garantierte Mengen zu garantierten Preisen für die Bauern gingen den Bedürfnissen der KonsumentInnen, dem Umweltschutz und dem Tierwohl vor. Mitte der 90er Jahre wurde nach einer Referendumsabstimmung, welche die Klein- und Bio-Bauern, KonsumentInnen und Umweltorganisationen, SP und Grünen gewonnen hatten, die Landwirtschaftspolitik gründlich umgestellt. Erstmals wurde die Landwirtschaftspolitik nicht mehr von der eingespielten Achse Bauernverband-SVP-Bundesamt für Landwirtschaft definiert. Das neue Motto hieß: mehr Markt und mehr Ökologie – beides für gestandene Bauern ein Gräuel! Die produktgebundenen Subventionen wurden zugunsten von (ökologischen) Direktzahlungen zurückgefahrt. Die Folge davon war ein rasantes Wachstum der ökologischen und biologischen Landwirtschaft, Freilauf und Auslauf für die Tiere, ökologische Ausgleichsflächen. Die neue Landwirtschaftspolitik ist zwar nicht billiger als die alte, aber sie ist ökologischer, tierfreundlicher und konsumentennäher. An dieser erfolgreichen Reform ist die SP wesentlich beteiligt. Ihr Bündnis mit Bio-Bäuerinnen und KonsumentInnen, Grünen und Umweltorganisationen hat die Landwirtschaftspolitik wesentlich geprägt. Heute geht es darum, den Reformprozess weiterzutreiben – gegen den erbitterten Widerstand der ewig gestrigen Agrarlobby, die in der verfilzten Agrarindustrie einen starken Verbündeten hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass das Parlament vor den Wahlen mehr

(produktgebundene) Subventionen für weniger (ökologische) Leistung spricht – gegen die Interessen einer breiten Bevölkerungsmehrheit.

Über allem aber steht die Energiepolitik

Die Energiepolitik entscheidet über die Zukunft von Klima und Umwelt, pathetisch aber wohl wahr: über die Zukunft unseres Planeten. Hier bewegte sich in der Schweiz im letzten Jahrzehnt sehr wenig. War die Schweiz in Sachen erneuerbare Energien Anfang der 90er Jahre noch europäische Spitze, so liegen wir heute im anonymen Mittelfeld. Die Ablehnung des EWR war also ökologisch ein Flop – dies sei auch den grünen Neinsagern von damals in schmerzhafte Erinnerung gerufen. Das jahrelange Tauziehen um eine CO₂-Abgabe, die auch wirklich etwas bringt, ist angesichts der Dimension des Klimawandels an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Die Chancen des AKW-Moratoriums wurden weitgehend verpasst. Investitionen in Energie-Effizienz und in die Förderung der erneuerbaren Energien wurden sträflich vernachlässigt. Die Folge: heute sprechen alle von der bevorstehenden Stromlücke. Und die FDP stellt die klimafreundliche Atomenergie – mehrheitsfähig? – ins beste Licht. Auch der langjährige Konsens, dass die letzten frei fliessenden Gewässer nicht neuen Pumpspeicherwerken zum Opfer fallen dürfen, bröckelt zusehends. In der Energiepolitik haben die Roten und Grünen wenig Erfolge vorzuweisen.

Hier ist eine rotgrüne Offensive im Wahljahr unverzichtbar. Wir müssen plausibel zeigen, dass die sogenannte Stromlücke mit energieeffizientem Wirtschaften und mit dem konsequenten Einsatz nachhaltig erneuerbarer Energien ohne Komfortverlust geschlossen werden kann und muss. Doch die Energiepolitik ist reich an

tückischen Fallen. Eine erste – bürgerlich definierte – heisst: wir haben nur noch die Wahl zwischen schlechten Alternativen. Wollen wir die klimafeindlichen Gaskraftwerke oder neue AKW's, die so gefährlich sind wie zu Kaiseraugsts und Tschernobyls Zeiten (dies wird spätestens dann wieder den meisten klar, wenn der nächste derartige Ofen irgendwo in der Welt explodiert) und deren Abfallproblematisierung so ungelöst ist wie je. Eine zweite Falle wird von Umweltemperten und -politikern gestellt. Welche erneuerbare Energie ist die beste? Auf diese müssen wir voll setzen! Die einen favorisieren die Windenergie. Ihre Schwächen werden kleingeredet: sie muss über Tausend und mehr Kilometer importiert werden, sie benötigt zur Veredelung neue Pumpspeicherwerke in den Alpen (die dann tatsächlich wohl doch eher dem Atomstrom dienen). Andere sehen das Heil in der Solartechnik, und wieder andere in der Erdwärme. Dabei ist doch ziemlich klar, dass es die eine Lösung nicht gibt, dass vielmehr ein unspektakulärer Mix aus vielem das zukunftsträchtige energiepolitische Rezept ist – immer natürlich verbunden mit dem effizienten Einsatz der kostbaren Energie. Wasser, Wind, Holz, Sonne, Erdwärme – alles steht zur Verfügung und die entsprechenden Techniken auch.

Gewinnt Rot-Grün?

Als aktiver Politiker sollte man nicht Wahlprognosen machen, sondern sich Wahlziele setzen. Und diese habe ich eingangs dargestellt. Die realen Verhältnisse sprechen für einen Wahlsieg von Rot-Grün. Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen um die Reichsten, Krankenversicherungsmisere, Managerlöhne, Gletscherschmelze, Trockenheit und Überschwemmungen: alles Themen, für welche Linke und Grüne Lösungen anbieten. Deshalb müsste ein rot-grüner

Die realen Verhältnisse sprechen für einen Wahlsieg von Rot-Grün.

Wahlsieg möglich sein. Allerdings sind die Scheinthemen der SVP nicht zu unterschätzen: Ausländer, Islam, Kriminalität, die Gefahr Europa.

Eines ist aber klar: den Wahlsieg erringen SP und Grüne nicht gemeinsam, als liebes rotgrünes Tandem sozusagen. Bis zur Wahl sind wir vielmehr Konkurrenten, die sich nichts schenken. Dabei muss jede Partei ihre Stärke ausspielen. Die SP als grosse Volks- und Bundesratspartei mit umfassendem Anspruch auf allen Achsen der Nachhaltigkeit: ökonomisch, ökologisch und sozial. Die Grünen als die (Ein-)Themenpartei, welche die Lösung für das grosse Zukunftsproblem schon im Namen führt. Nach den Wahlen kommt zuerst die Arithmetik und dann die Poli-

tik zum Zug. Hat Rot-Grün tatsächlich gewonnen? Wie viel die SP? Wie viel die Grünen? Hat die CVP die FDP überholt? Mit welchem Bündnis kann die rechte Bundesratsmehrheit geknackt werden? Vorher aber ist Wahlkampf angesagt. Und der wird nicht einfach. Schon gar nicht für die SP.

Andrea Häggerle, Jg. 1946, Dr. iur., ist SP-Nationalrat, Vizepräsident der SP-Bundestagsfraktion, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) sowie der Rechtskommission (RK) und Vizepräsident der Neat-Aufsichtsdelegation (NAD).